

HAMBURGER FORUM

RUNDBRIEF NR. 07/17

www.hamburgerforum.org



Liebe Friedensfreundinnen, liebe Friedensfreunde,

22. Juni 2017

den letzten Rundbrief zum G20-Gipfel gaben wir gemeinsam mit dem Bremer Friedensforum und dem Bundesausschuss Friedensratschlag und der Kooperation für den Frieden heraus. Es hat ja schon eine Vielzahl von Veranstaltungen und Aktionen zum und gegen den Gipfel gegeben. Ein Highlight auf dem Weg zum Gegengipfel und unserer Demonstration „Grenzenlose Solidarität statt G20“ wird das Methfesselfest werden, an dem wir uns am Samstag mit einem Infotisch beteiligen:

Kein G20 nirgendwo – wir haben etwas Besseres vor: Methfesselfest 2017 30. Juni bis 2. Juli, Else-Rauch-Platz, U-Bahn Lutterothstraße

Auf der Rückseite unseres Rundbriefs findet ihr das diesjährige Plakat dieses Festes. Weitere Infos dazu unter <http://methfesselfest.de>.

Der G20-Gipfel versammelt nicht nur die Regierungschefs von den Ländern, die für ca. 80 % aller Rüstungsausgaben weltweit verantwortlich sind, er ist für die BewohnerInnen unserer Stadt auch mit zahlreichen Einschränkungen der demokratischen und selbst einfachster bürgerlichen Freiheiten verbunden. Offenbar sind eben doch nicht alle Menschen gleich, sondern einige gleicher. Wir haben uns daher dem Aufruf „Hamburg ist unsere Stadt – Wir wollen unsere Grundrechte nicht zum G20-Gipfel abgeben!“ angeschlossen, den wir euch dokumentieren.

Internationale Großdemonstration: Grenzenlose Solidarität statt G20 8. Juli, 11 Uhr, Deichtorplatz, Nähe Hauptbahnhof

Auf die friedenspolitischen Podien des Alternativgipfels am 5.+6.7. und unsere Beteiligung an der Demonstration am 8.7. weisen wir unten auch noch einmal hin.

Am Pfingsttag, den 3.6., fand in Hamburg eine Demonstration aus Anlass der 50-jährigen Besetzung des Westjordanlandes statt. Wir haben diese Demonstration unterstützt. Sönke Wandschneider sprach für uns bei der Auftaktkundgebung. Wir haben seinen Redebeitrag unten dokumentiert. An der Demonstration nahmen leider nicht so viele Menschen teil, wie erhofft. Dies mag daran liegen, dass ein Frieden in Israel/Palästina nach wie vor in unerreichbarer Ferne scheint, es mag aber auch daran liegen, dass diejenigen, die sich diesem Unrecht entgegenstellen, in der deutschen Öffentlichkeit nicht selten des Antisemitismus bezichtigt werden.

Auf der Abschlusskundgebung sprach der Völkerrechtler Norman Paech, der es als Lüge bezeichnete, dass Israel die einzige Demokratie im Mittleren Osten sei. Angesichts des Umgangs mit den Palästinensern in den besetzten Gebieten könne das Land nicht Demokratie genannt werden: „Eine Demokratie leugnet nicht die Grund- und Menschenrechte von Millionen Menschen, enteignet nicht ihr Land und plündert nicht ihre Ressourcen, zerstört nicht ihre Häuser und raubt ihnen nicht ihre Zukunft.“ Er forderte eine neue deutsche Palästina-Politik. Die Bundesregierung müsse ihre Unterstützung „für den Landraub der israelischen Siedlungspolitik“ aufgeben und Maßnahmen gegen Israel ergreifen, etwa die Suspendierung des EU-Assoziierungsabkommens und die Einstellung



aller Waffenlieferungen. Norman Paech betonte, die 2005 gestartete Kampagne „Boycott, Divestment and Sanctions“ (BDS) gegen Israel sei legitim, sie sei nicht gegen das jüdische Volk gerichtet, „sondern ausschließlich gegen eine kriminelle Politik der israelischen Regierung“.

Das Problem, dass wir als Friedensbewegung nur wenig Einfluss auf Regierungshandeln haben, betrifft auch alle anderen friedenspolitischen Felder, von den Waffenexporten bis zu den Auslandseinsätzen. Daran, dies zu ändern, wollen wir – im Rahmen unserer Möglichkeiten – arbeiten. Unser Protest bleibt unverzichtbar. Wer uns dabei unterstützen will, ist eingeladen, mit uns zusammen friedensbewegte Aktionen voranzutreiben. Die diskutieren und planen wir auf unseren Vorstandssitzungen:

Dienstag, 4. und 18. Juli • 18.00 Uhr • Curiohaus • Rothenbaumchaussee 15

Wer teilnehmen möchte oder Anfragen und Anregungen hat, melde sich bei uns (Adresse Seite 1 unten).

Mit pazifistisch-antimilitaristischen Grüßen

Markus Gunkel

Wir brauchen einen neuen Anlauf für eine Friedenspolitik

Sönke Wandschneider zur Eröffnung der Demonstration „PALÄSTINA 2017 – 50 Jahre israelische Besatzung in Palästina. Gerechtigkeit für Palästina – JETZT !“ am Pfingstsonnabend, den 3. Juni 2017

Liebe Freundinnen und Freunde, zunächst ein Zitat: „Derzeit leben 2,75 Millionen Palästinenser unter militärischer Besatzung. ... In ihren täglichen Bewegungen sind sie durch ein Netz von Kontrollposten erheblich eingeschränkt. Ohne israelische Erlaubnis dürfen sie in die Westbank weder ein- noch ausreisen. Wenn es nur einen (israelischen) Staat gäbe, würden Palästinenser in der Mitte der Westbank in voneinander getrennten Enklaven leben, ohne wirkliche politische Rechte ..., unter permanenter militärischer Besatzung, die sie der fundamentalen Freiheiten berauben würde. ... Würde irgendein Israeli so leben wollen? Würde irgendein Amerikaner so leben wollen?“

So der am 28. Dezember 2016 noch amtierende US-Außenminister John Kerry vor dem UN-Sicherheitsrat. Trump war schon gewählt, aber noch nicht im Amt. So klare Worte hätte Kerry schon sehr viel früher finden müssen.

2017 – das sind hundert Jahre nach der Balfour-Deklaration, dem Versprechen des britischen Au-

ßenministers Lord Balfour zur „Errichtung einer nationalen jüdischen Heimstatt in Palästina“

2017 – das sind 70 Jahre nach dem UN-Teilungsplan für Palästina.

2017 – das sind 50 Jahre nach dem Beginn der Besatzung Palästinas (Westjordanlandes), der Golan-Höhen und Ostjerusalems.

2017 – das sind 10 Jahre nach Beginn der Totalblockade des Gaza-Streifens (zu Wasser, zu Lande und aus der Luft) durch Israel.

Die Palästinenser haben endlich ein Anrecht auf ein Ende dieser entwürdigenden, Völker- und Menschenrechtsrechts-widrigen Lebensbedingungen.

50 Jahre israelische Besatzung heißt 50 Jahre systematische Vertreibung der ursprünglichen palästinensischen Bevölkerung, Entrechtung, Unterdrückung und Demütigung. Illegal und gegen entsprechende UN-Beschlüsse sind Hunderte von israelischen Siedlungen gebaut worden, inzwischen leben mehr als 650 000 israelische Siedler im Westjordanland und im seit 1980 annektierten Ostjerusalem. Die

1949 verabredete „grüne Linie“ ist nach Osten verschoben und durch eine bis zu 9 Meter hohe Mauer befestigt worden: 80 Prozent dieser Mauer verläuft auf ehemals palästinensischem Gebiet; gemeinhin nennt man so etwas „Landraub“, immerhin fast 10 Prozent des Westjordanlandes. Israel gewinnt durch die sogenannte „Sperranlage“ fruchtbares Ackerland, neue Wasserquellen, eine Anzahl von Dörfern und schneidet palästinensische Bauern von ihren Feldern und Olivenhainen ab. Die Zahl der Bauern, die in der Grenzregion noch ihre Äcker bewirtschaften können, ist um 80 % gesunken, die Olivenernte ist um 60 % verringert.

Seit 1967 sind knapp 50 000 palästinensische



Häuser abgerissen worden, um israelischen Interessenten und Interessen zu weichen, Tausende ihrer Bewohner sind seitdem obdachlos.

Dieser 50 Jahre anhaltende Skandal muss ein Ende haben – und das so schnell wie möglich.

Frieden zwischen Israel und Palästina ist nicht möglich, solange die Siedlungspolitik nicht eingestellt und rückgängig gemacht wird. Palästina ist schon jetzt nicht regierbar. Durch die Siedlungspolitik, die Hunderte von Kontrollposten, die Schnellstraßen nur für Siedler und Militär ist es immer mehr zu einem zusammenhanglosen Flickenteppich geworden – auch darin demütigend für die Bewohner.

Zugleich müssen sie in ständiger Angst vor dem Militär und seiner häufigen Willkür und Gewalt leben, vor Verhaftungen und Inhaftierungen ohne Anklage und ohne Besuchserlaubnis für die Angehörigen.

50 Jahre israelische Besetzung Palästinas muss ein Ende haben – Jetzt!

Und wir müssen unseren Druck nicht nur auf Israel, sondern auch auf die deutsche Regierung in dieser Richtung verstärken. Bisher sind unsere Politiker so wie die US-Administration heimliche oder offene Komplizen der israelischen Regierungen, und das heißt des offenkundigen Unrechts gegenüber den Palästinensern.

Angela Merkel spricht von „unverbrüchlicher Solidarität“ mit Israel und erklärt sie zur „Staatsräson“.

Atomwaffenfähige U-Boote werden kostengünstig als „Wiedergutmachung“ für die Verbrechen während der Nazi-Zeit geliefert als wenn sich dieses Mensch-

heitsverbrechen je wieder gutmachen ließe. Die Schuld der Deutschen ist nicht durch Waffenlieferungen und Rüstungskoooperation zu mindern.

Wenn überhaupt etwas zu lernen ist aus der jüngeren deutschen Geschichte, dann, dass wir jede Friedensinitiative fördern und unterstützen sollten ideell und materiell - auch gegen die offizielle israelische Besetzungspolitik.

BDS, das heißt *Boycott* israelischer Waren, besonders derjenigen, die in den israelischen Siedlungen in Palästina hergestellt worden sind, *Desinvestment*, Abbau ausländischer Investitionen in Palästina, die nicht den Palästinensern zugutekommen, *Sanktionen*, wenn Israel sich weiter weigert, UN-Beschlüsse umzusetzen oder Gutachten internationaler Gerichte zur Grundlage seiner Politik zu machen.

BDS wird häufig als antisemitisch diffamiert, aber dieses klebrige Hemd müssen wir uns nicht anziehen, es wird für jede Herabsetzung Israel-kritischer Stellungnahmen hervorgeholt.

Heute geht es um ein sofortiges Ende der widerrechtlichen Besetzungspolitik Israels in Palästina.

Gerechtigkeit für Palästina – JETZT !

In diesen Tagen feiert die Christenheit das Pfingstfest, den Geburtstag des Heiligen Geistes. Die Mehrheit unter uns kann sicher damit überhaupt nichts anfangen. Übersetzen wir das „heilig“ durch „neu“ oder auch „revolutionär“, dann klingt es schon klarer.

Wir brauchen einen neuen Anlauf für eine Friedenspolitik, die diesen Namen auch verdient, einen neuen, Revolutionären Geist.

Tragen wir dazu bei.

Auswahl Friedenspolitischer Aktivitäten zum G20-Gipfel

**Friedenspolitische Aktion am 2. Juli:
10:00 Uhr an der Reesendammbrücke
(Jungfernstieg)**

Schon am 2. Juli findet eine größere Demonstration statt, zu der ein Bündnis verschiedener NGOs aufgerufen hat. Unter dem Motto „G20-Protestwelle – Eine andere Politik ist nötig“ werden Forderungen für einen gerechten Welthandel, gegen soziale Ungleichheit, für die Verteidigung der Demokratie und eine bessere Klimapolitik erhoben.

Allerdings fehlen bei dieser Demo jegliche friedenspolitischen Aussagen. Wir ergänzen diesen Tag daher mit einer friedenspolitischen Aktion, die in unmittelbarer Nähe der Auftaktkundgebung stattfindet. Tausende Flyer möchten wir verteilen. Gleichzeitig rufen wir zur Beteiligung an der Internationalen Großdemonstration am 8. Juli auf.



Kampnagel / Jarrestraße 20 / (E2 / E 6 /Foyer)

Mehr Infos und das gesamte Programm unter <http://solidarity-summit.org/>

**5. Juli, 16:30 bis 18:30 Uhr – Podium 4:
Friedenspolitik jenseits von NATO und Militarisierung der EU – Alternativen für den Frieden**

Die NATO dehnt sich inzwischen zu einer weltweit agierenden Organisation aus. Sie ist beteiligt an der Militarisierung der internationalen Beziehungen auch

in Asien, Lateinamerika und Afrika. Auf den NATO-Gipfeln in Wales und Warschau wurden Kooperationsvereinbarungen mit Japan, Südkorea, Singapur, den Philippinen, Australien und Thailand vereinbart, die eine intensive militärische Kooperation beinhalten. All dies geht deutlich über die Einbeziehung von Nichtmitgliedern im Rahmen der „Partnership for Peace“ hinaus. Bei vielen dieser neuen Kooperationspartner handelt es sich um G20-Länder, so dass die NATO-Herausforderungen zunehmend mit den G7- und G20-Gipfeln verbunden sind. Aber auch sonst wird das Völkerrecht permanent verletzt, es herrscht das Recht des Stärkeren, nicht die Stärke des Rechts, die UN als die Institution des internationalen Völkerrechts wird beiseitegeschoben oder instrumentalisiert. Frieden erfordert Recht und Abrüstung.

Mit: Colonel Ann Wright (US-Peace Movement, Codepink), Corazon Valdez Fabros (Sprecherin Stop the War Campaign, Philippines), Reiner Braun (Deutschland, Co-Präsident International Peace Bureau), Nuray Sancar (Friedensbewegung in der Türkei / Stellv. Vorsitzende der Emek Partisi (Partei der Arbeit).

Moderation: Willi van Ooyen (Bundesausschuss Friedensratschlag)

**6. Juli, 16:30 bis 18:30 Uhr – Podium 8:
Kooperation statt Konfrontation – Wie kann
gemeinsame Sicherheit als Paradigma künftiger
Politik durchgesetzt werden?**

Die Politik der Konfrontation mit Russland und China hat eine dramatische Aufrüstung weltweit zur Folge. Gemeinsame Interessen werden zurückgestellt zugunsten einer politischen, ökonomischen und ideologischen Konfrontation. Diese verschlingt weltweit überdimensionale Ressourcen, die weder für Soziales noch für Ökologisches zur Verfügung stehen. Konfrontationspolitik gefährdet den Frieden und kann zum Krieg, bis hin zu großen weltumspannenden (Atom)-Kriegen führen. Die Alternative dazu ist eine Politik der Entspannung und gemeinsamen Sicherheit. Abrüstung und die Abschaffung der Atomwaffen sind Schlüsselemente einer kooperativen Sicherheitspolitik.

Die Stärke des Rechts, Frieden und Kooperation müssen überall auf dieser Welt zivilgesellschaftlich gegen die politischen und ökonomischen Profiteure von Aufrüstung, Krieg und Zerstörung durchgesetzt werden. Wie das besser gelingt, soll unsere Diskussion bei dieser Podiumsrunde bestimmen.

Mit Norman Paech (Experte für Völkerrecht, Deutschland), Kate Hudson (General Secretary of the Campaign for Nuclear Disarmament (CND), Großbritannien), Colonel Ann Wright (Whistleblowerin, Code Pink, US-Peace Movement, USA), Arielle Denis (International Campaign to Abolish Nuclear Weapons (ICAN), Frankreich).

Moderation: Hartmut Ring

Internationale Großdemonstration am 8. Juli:

Grenzenlose Solidarität statt G20

**Auftaktkundgebung ab 11 Uhr: Deichtorplatz
/ Nähe Hauptbahnhof
Demonstration: 13 bis 16 Uhr
Abschlusskundgebung: 16 bis 18 Uhr Heiligengeistfeld oder Millerntorplatz**

Als Friedensbewegung organisieren wir einen eigenen Demoblock mit einem eigenen Lautsprecherwagen. Bitte bringt Friedensfahnen und Transparente mit!

Während der Demo gibt es auf unseren Lautsprecherwagen Redebeiträge und Live-Musik.

Friedensbewegung am 8. Juli in Hamburg: Statt G20: Kriege beenden! Abrüsten!



So in etwa wird unser 1,5 mal 6 Meter großes Transparent auf der Demonstration aussehen.

Hamburg ist unsere Stadt

Wir wollen unsere Grundrechte nicht zum G20-Gipfel abgeben!

Der G20-Gipfel verändert Hamburg. Die Stadt ist Gastgeberin für die Mächtigen der Welt und bereits lange zuvor wird ein Ausnahmezustand heraufbeschworen: Erst 4.000, dann 8.000 „gewaltbereite Linksextremisten“ werden von Senat, Polizei und Medien an die Wand gemalt. Das muss als Begründung herhalten, um große Teile der Innenstadt zu einer demonstrationsfreien „blauen Zone“ zu erklären. Camps für Menschen, die hierher kommen, um ihre Meinung kundzutun, soll es nicht geben dürfen, weil sie angeblich auch der „Selbstorganisation des militanten Widerstands“ dienen.

Massive Polizeipräsenz und -kontrollen im Umfeld des Veranstaltungsortes Messehallen erzeugen ein Bild der Abschreckung, das sich zum G20-Gipfel noch steigern wird – mit hoch aufgerüsteten Polizeikräften von Land und Bund, Sicherheitskräften der Staatsgäste, Bundeswehr und Spezialeinsatzkommandos. Innensenator Andy Grote (SPD) warnt sogar davor, dass ausländische Sicherheitskräfte schon Sitzblockaden als Bedrohung einschätzen würden, die sie zum Schusswaffengebrauch veranlassen könnte. So etwas wolle man verhindern.

Das lässt erahnen, wie die Polizei gegen Protestierende vorgehen wird: Höchste Eskalationsstufen mit Versammlungsverboten, Festnahmen, Pfefferspray, Wasserwerfern, Einkesselungen etc. sind zu befürchten. Sicherheit ist der alles dominierende Maßstab. Es herrscht eine Ordnung nach Maßgabe der Polizei in der Stadt.

Wer will angesichts solcher Szenarien – ergänzt durch eine groß angelegte Gefangenenanstalt – an den Protesten teilnehmen!? Viele Hamburgerinnen und Hamburger wollen sogar während der G20-Tage die Stadt verlassen. Die Versammlungsfreiheit bleibt bei all dem auf der Strecke.

Dabei hat das Bundesverfassungsgericht im Brokdorf-Beschluss bereits 1985 den Verantwortlichen ins Stammbuch geschrieben, was das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit ausmacht: die Möglichkeit der Einflussnahme auf den ständigen Prozess der politischen Meinungsbildung, die sich in einem demokratischen Staatswesen frei, offen und grundsätzlich „staatsfrei“ vollziehen müsse. Als ein Stück „ursprünglich-ungebändigter unmittelbarer Demokratie“ sei sie „ein politisches Frühwarnsystem, das Kurskorrekturen der offiziellen Politik“ möglich mache.

Wir erwarten vom Hamburger Senat, dass er sich im Umgang mit den geplanten vielfältigen Aktionen und Kundgebungen zum G20-Gipfel für alle Meinungen gleichermaßen daran ausrichtet. Wir wollen, dass Senat und Polizei das Recht, ohne Angst und unversehrt an Demonstrationen teilzunehmen, schützen und die Versammlungsfreiheit unterstützen

– statt abzuschrecken und ein Klima der Angst zu schaffen.

Die Welt zu Gast in Hamburg: das sind nicht nur die G20, sondern auch Demonstrierende aus aller Welt, die hier kostengünstige Unterkünfte brauchen. Von Hamburg muss ein klares Signal für Grundrechte und Demokratie ausgehen mit Demonstrationen ohne polizeiliche Kontrolle und Behinderung.

Wir wollen keinen Ausnahmezustand, keine Polizeistaatstage in der Stadt. Mögen die G20 sich in den Messehallen treffen – Hamburg bleibt unsere Stadt!

Der Aufruf wird bisher unterstützt von:

attac Deutschland e. V. • Cannabis Social Club Hamburg e. V. • Einwohnerverein St. Georg von 1987 e. V. • Initiative freiheitsfoo (Gruppe für Menschen- und Freiheitsrechte) • Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Hamburg e. V. • Humanistische Union e. V. • Initiative Versammlungsfreiheit für Niedersachsen • Internationale Liga für Menschenrechte e. V. • Interventionistische Linke • Komitee für Grundrechte und Demokratie e. V. • Kritische Jurastudierende Hamburg • NaturFreunde Hamburg e. V. • Netzwerk Recht auf Stadt Hamburg • Vereinigung Demokratischer Juristinnen und Juristen e. V.

Enno Drewes, DIE LINKE. Hamburg-Nord • Michael Ebeling, Initiative freiheitsfoo • Andreas Gerhold, Piraten Hamburg, Erster Vorsitzender Cannabis Social Club Hamburg e. V. • Dr. Rolf Gössner, Rechtsanwalt/Publizist, Vorstandsmitglied der Internationalen Liga für Menschenrechte e. V. • Marco Alexander Hosemann, Erster Vorsitzender des Vereins City-Hof e. V. • Marc Meyer, Rechtsanwalt bei Mieter helfen Mietern e. V. • Thomas Michel, Piraten Hamburg, Vorstandsmitglied Mehr Demokratie Hamburg e. V. • Michael Joho, Erster Vorsitzender des Einwohnervereins St. Georg von 1987 e. V. • Christiane Schneider, MdHBü, Fraktion DIE LINKE. in der Hamburgischen Bürgerschaft • Günter Westphal, Erster Vorsitzender des Vereins Kunstlabor naher Gegenden (KuNaGe) e. V. / Münzviertel

Mehr Informationen unter:

<http://grundrechte-verteidigen.hamburg/>

Hier findet sich auch die vollständige Liste der UnterzeichnerInnen und ihr könnt den Aufruf dort auch selber unterstützen.



B.K.L. 2017

